

TOP 5.1: AKTUELLES - WAHLPRÜFSTEINE 2016



Zeitplan zur Erarbeitung der Wahlprüfsteine

bis 14. März: Behandlung in den IHK-Ausschüssen

15. März: Versand des Entwurfs an VV-Mitglieder

bis 29. März: Möglichkeit für Anmerkungen

4. April: Versand an Vollversammlung der Handwerkskammer Berlin

20. April: Vollversammlung der Handwerkskammer Berlin

Sondersitzung des Ausschusses Wirtschaftspolitik mit 10. Mai:

Ausschussvorsitzenden

1. Juni: Vorstandssitzung der Handwerkskammer – Verabschiedung

15. Juni: Vollversammlung der IHK Berlin – Verabschiedung



Systematik/Aufbau der Wahlprüfsteine

- 8 Aktionsfelder entsprechend unseres Arbeitsprogrammes
- Jeweils dreiteiliger Aufbau:
 - Wie es ist
 - Wie es sein sollte
 - Forderungen



STANDORTFAKTOR VERWALTUNG

Zukunftsfähiges Berlin - Verwaltung umsteuern

Die Berliner Verwaltung hat keinen Ruf zu verlieren. Mit dem Programm "Servicestadt Berlin 2016" wurden mühsam Fortschritte erarbeitet, die durch unhaltbare Zustände in LAGeSo und Bürgerämtern auf einen Schlag zunichte gemacht wurden. Die Behörden müssen das Vertrauen von Unternehmen und Bürgern zurückgewinnen. Dabei mangelt es nicht an guten Ideen und Köpfen.

Wie es ist

Durch die Einführung

Arbeitsaufwand in der

oder 800 Mio. EUR an

Personalkosten pro Jahr.

der E-Akte senkt sich der

Verwaltung um 10 Prozent

Die Berliner Verwaltung hat mit Defiziten in drei wichtigen Bereichen zu kämpfen: Personelle und technische Ausstattung sowie Struktur.

Unterbesetzung, mangelhafte Ablauforganisation und Fehlsteuerungen in der Personalpolitik führten dazu, dass die Verwaltung über die Stadtgrenzen hinweg zum Sinnbild staatlichen Versagens geworden ist. Gerade die Bürgerämter sind hoffnungslos überlastet. Dieses hat logischerweise massiv negative Auswirkung auf die Servicefreundlichkeit der Verwaltung.

lang ersehnte E-Government-Gesetz verabschiedet. Damit ist auch in Berlin seit langem der Weg frei für die Verabschiedung des entsprechenden Landesgesetzes, welches einfache und schnelle Onlinedienstleistungen ermöglicht. Dafür fehlt es derzeit jedoch an der entsprechenden technischen Ausstattung der Arbeitsplätze. Berlin bleibt untätig und verwehrt den Unternehmen die Chance auf enorme Entlastungsmöglichkeiten durch eine landesweite Digitalisierung der Verwaltungsleistungen.

Auch der strukturelle Aufbau der Berliner Verwaltung ist und bleibt ein Hindernis in der wachsenden Stadt. Weil jedes Bezirksamt autonom agiert, sind zügige bezirksübergreifende Ent-Der Bund hat bereits 2013 das in der Wirtschaft scheidungen selten. Obwohl berlinweite Regelungen im Eigeninteresse der Verwaltung liegen, scheitern sie häufig an fehlenden Vorgaben und einer ordnenden Fachaufsicht.



Wie es sein sollte

Trotz der verfassungsrechtlich vorgesehenen Arbeitsteilung zwischen Senat und Bezirken resigniert die Politik nicht. Klare und einfache Zuständigkeitsstrukturen wurden geschaffen. Gelebte Willkommenskultur prägt das Handeln der Verwaltungsmitarbeiter. Eine Fachaufsicht bzw. die stärkere Bindungen der Bezirke an Senatsvorgaben wird umfassend umgesetzt. So wird man der unternehmerischen Erwartungshaltung an eine moderne und dienstleistungsorientierte Verwaltung gerecht.

Die Digitalisierung fungiert als wichtigstes Aktionsfeld und wird mit ausreichend Ressourcen weiter vorangetrieben. E-Government und berlinweite IT-Steuerung bilden die Voraussetzung für effiziente und effektive Lösungen. Hierauf regiert auch das Personalmanagement in der Verwaltung, das motivierte und qualifizierte Mitarbeiter fördert, die mit technischer Ausstattung auf aktuellem Stand arbeiten.

Abläufe und Verfahren werden - auch im internen Verwaltungsgang - durch klare Ziel- und Terminvereinbarungen sowie Fristen beschleunigt. Kundenfreundliche Öffnungszeiten, eine funktionierende Terminvergabe, Informationsteilhabe und zügiges, transparentes und dennoch

rechtssicheres Verwaltungshandeln sind kein

Wunschdenken mehr, sondern sind umgesetzt.

Fugita vit, odis am inverum auditia taturem ratenda eperio bera dus expel eum faces.

Forderungen der Berliner Wirtschaft an die Politik

- ▶ Durch einen Personalvorstand in der Senatskanzlei die strategische Personalsteuerung zur Chefsache deklarieren und mit umfänglichem Personalbedarfskonzept untermauern.
- Berlinweit sowohl Recruiting, Know-How-Transfer und Gesundheitsmanagement als auch Weiterbildungen zu relevanten Inhalten, wie Führungskultur und Fremdsprachen durch Personalvorstand koordinieren.
- ► EA und Serviceportal zu einem Unternehmensportal weiterentwickeln, das einen einheitlichen Einstieg zu Antrags- und Genehmigungsverfahren bietet. Wirtschaft, Verwaltung und Kammern nach dem Lebenslagenprinzip smart miteinander vernetzen.
- Elektronische Authentifizierung sowie die Nutzung der E-Akte flächendeckend einführen.
- ▶ Im Rahmen der Open-Data-Initiative die Daten des Landes Berlin und seiner Gesellschaften der Wirtschaft zur Entwicklung neuer Lösungen zur Verfügung stellen.
- Berliner E-Government-Gesetz zügig verabschieden und umsetzen.
- Interne Abläufe optimieren, Doppelzuständigkeiten abbauen, dezentrale Zuständigkeiten im Sinne von Shared Services bündeln sowie den derzeitigen Aufgabenkatalog kritisch prüfen
- > Zentrale IT-Steuerung einrichten, deren Vorgaben (bspw. zu Schnittstellen) von Landes- und Bezirksverwaltungen eingehalten werden
- Finanzielle Zuwendungen des Senats an die Bezirke an Zielvereinbarungen koppeln.
- Ballungsgebiet (Berlin und Umland) als integrierte Wirtschaftsregion etablieren und länderübergreifende Zusammenarbeit forcieren.
- ▶ Beim Landgericht Berlin Spezialkammern einrichten, z. B. für Bau- und Architektenstreitigkeiten.

Personal

Technische Ausstattung

Strukturreformen

Öffentlichkeitsarbeit zur Abgeordnetenhauswahl 2016

27. Juni: Pressekonferenz

29. Juni: Fachveranstaltung mit Parteivertretern

4. Juli: Fachveranstaltung mit Parteivertretern

11. Juli: Fachveranstaltung mit Parteivertretern

5. September: Podiumsdiskussion mit den Spitzenkandidaten mit VBKI

